**Positionspapier**

**Erklärung des Ortverbandes DIE LINKE in Olvenstedt zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen**

Wir, die Mitglieder des Ortsverbandes DIE LINKE in Olvenstedt, haben uns zur Aufnahme von Flüchtlingen in unserem Wohngebiet positioniert.

Unter den Bedingungen von Krieg, Verfolgung und Völkermord, Wasser- und Nahrungsmittelmangel sowie bei Anwesenheit bitterer Armut kann die eigene Heimat weder Schutz noch Auskommen bieten. Das eigene Land zu verlassen, das ist für die Betroffenen der einzige Ausweg aus dieser Misere und oft die einzige Möglichkeit der Gefahr für Leib und Leben zu entgehen. Wir können das nachvollziehen und rufen alle Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, für die Menschen in dieser misslichen, hilfebedürftigen Lage Verständnis aufzubringen, Hilfe zu ihrer Integration zu leisten und Solidarität zu üben.

Gleichwohl gehen auch wir davon aus, dass diese Menschen aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen zu uns kommen und oft vom Zusammenleben in der Familie und in der Gesellschaft, bezüglich der Erziehung der Kinder und auch der Akzeptanz der Frau in der Gesellschaft völlig andere Vorstellungen, Lebenserfahrungen und Gewohnheiten haben und mitbringen.

Die Erfahrungen auch in anderen Städten besagen, dass dies ein Konfliktpotenzial in sich birgt, das bei der Aufnahme und Ansiedlung von Flüchtlingen leider immer wieder von den Behörden unterschätzt wird.

Leider musste bei der Einwohnerversammlung am 19.11.2014 in Olvenstedt ebenfalls die Erfahrung gemacht werden, dass das auch in unserem konkreten Fall nicht anders war. Diese komplizierte und konfliktgeladene Aufgabe hätte zur Chefsache des OB gemacht werden müssen.

Einwohner Verbände, Bürgerinitiativen und Wohnungsunternehmen, aber auch demokratische Parteien als Beteiligte im öffentlichen Meinungsbildungsprozess kann man nicht einfach nur informieren! Sie wollen und müssen einbezogen werden!

Die Frage, ob eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge für ihre Integration in unsere Gesellschaft nicht vorteilhafter wäre, erscheint uns unbedingt als legitim. Das Argument, dass eine zentrale Unterbringung weniger Personal- und Finanzbedarf nach sich ziehen würde, ist dagegen eine nicht belastbare Behauptung. Außerdem ist eine solche Fragestellung für uns völlig inakzeptabel, weil es wenig Sensibilität für die Lage der betroffenen Menschen und fehlendes Gespür für die politische Brisanz dieses Problems zum Ausdruck bringt. Letztendlich meinen wir, dass ein solches Herangehen auch angesichts der Mittel, die Deutschland für Rüstung und Kriegseisätze aufbringt, ein gewisses Maß an Zynismus verrät und für uns als LINKE unbedingt illegitim ist.

Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Wohnungsunternehmen, die ihre Befindlichkeiten und Ängste frei äußern, dürfen nicht dem Generalverdacht der Ausländerfeindlichkeit ausgesetzt werden. Wir wollen und dürfen nicht zulassen, dass sich diese Menschen mit ihren Befindlichkeiten und Ängsten solchen Kräften zuwenden, die Fremdenhass schüren und Rassismus verbreiten.

In diesem Sinne rufen wir dazu auf, sich nicht von jenen einfangen zu lassen, die immer wieder versuchen, auf dem Feuer des Nationalismus ihr menschenfeindliches Süppchen zu kochen.

Hier wachsam zu sein, bedeutet für uns, die betroffenen Flüchtlinge und ihre künftigen Nachbarn nicht alleine zu lassen sowie mit praktischer Solidarität zu unterstützen, zu helfen und ggf. Aufklärung zu üben.

Das heißt aber auch unbedingt, allen Gewalttätern und rassistischen Scharfmachern Grenzen zu setzen!

DIE LINKE

Ortsverband Olvenstedt 3. Dezember 2014